

## ARBEITSAUFGABEN

---

**A<sub>3</sub>**

### **Demokratie in Bewegung**

#### **Gruppenbildung**

Nun bearbeiten die SchülerInnen arbeitsteilig in Gruppen drei historische Stationen, in welchen das vorherrschende Demokratiemodell in Frage gestellt wurde – mit höchst unterschiedlichen Konsequenzen.

**Gruppe 1:** Von der Protestbewegung zur Volksabstimmung (AKW Zwentendorf). Das ist eine Gelegenheit, diesem Ereignis die ihm gebührende zeitgeschichtliche Beachtung im Unterricht zu schenken, wenn man Herbert Gottweis folgt, der in der Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf einen „massenmobilisierenden Schlüsselkonflikt von überregionaler, nationaler Bedeutung“ sieht: nämlich für die „Herausbildung einer ausdifferenzierten Szene neuer sozialer Bewegungen“, vergleichbar mit der StudentInnenbewegung in der BRD. Die Initiative Österreichischer AtomkraftwerksgegnerInnen (ÖIAG) „wurde zu einem ersten Experimentierfeld basisdemokratischer Ansprüche.“ (Gottweis, Zwentendorf, 1998)

**Gruppe 2:** Von der Protestbewegung zu Institutionalisierung, Parteigründung und Eintritt in die pluralistisch-repräsentative Demokratie, also von der Formierung → zivilgesellschaftlicher Gruppierungen anlässlich der Besetzung der Stopfenreuther Au bei Hainburg 1984 bis hin zur Fokussierung der Interessen entlang ökologischer Fragen und zu Kandidatur und Einzug verschiedener Gruppierungen als „Grüne Alternative-Liste/Freda Meissner-Blau“ ins Parlament 1986.

**Gruppe 3:** Der Versuch 2008, eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag zu erreichen.

Dafür müssen Hintergrundinformationen angeboten werden. Idealerweise können das jeweils ein bis zwei SchülerInnen übernehmen, die in den Gruppen die „ExpertInnen“ sind und bei der Gruppenpräsentation die jeweilige historische Situation skizzieren (Links dazu unter M<sub>3</sub>).

Die übrigen Mitglieder der Gruppe bearbeiten die Quellen M<sub>3</sub> (Gruppe 1), M<sub>4</sub> (Gruppe 2) und M<sub>5</sub> bis M<sub>7</sub> (Gruppe 3), die für die jeweils unterschiedlichen Demokratiemodelle und Entscheidungsmuster, die diese drei historischen Situationen geprägt haben, stehen.

M<sub>3</sub>

### Meldungen der apa (Austria Presse Agentur) zum AKW Zwentendorf aus den Jahren 1977 und 1978

#### **Kreisky: Letzte Entscheidung über Atomstrom beim Parlament: „Aber Regierung muss wissen, was sie will“**

Zusammenfassung Wien, 17.5. (apa) – Die Diskussion über Atomstrom in Österreich setzte sich auch heute fort und nahm weiter an Intensität zu. So standen die Erklärungen des Bundeskanzlers im Pressefoyer nach dem Ministerrat praktisch ausschließlich im Zeichen dieses Problems. Weiters nahmen heute auch ÖVP-Obmann Dr. Josef Taus, der Wiener Bürgermeister Leopold Gratz sowie die Zentralsekretäre der beiden großen Parteien, Fritz Marsch und Dr. Sixtus Lanner, Stellung. Kreisky erklärte im Pressefoyer, für ihn sei die Endlagerung des Atommülls die entscheidende Frage. Bei der Klausurtagung am 6. Juni (1977, Anm. d. Red.) in Schloss Hernstein würden nicht nur vier Wissenschaftler gehört werden, sondern die Regierung werde auch Persönlichkeiten zuziehen, die so konträre Standpunkte beziehen wie Gratz und ÖGB-Präsident Anton Benya. Die Entscheidung über den Bericht an das Parlament werde aber in dieser Klausurtagung noch nicht fallen. Für die Regierung seien, was die Inbetriebnahme von Zwentendorf betrifft, drei Alternativen denkbar: „ja“, „nein“ oder ein Aufschieben des Beschlusses. Die endgültige Entscheidung werde das Parlament treffen müssen. Vorher werde sich aber die Regierung darüber klar werden müssen, was sie wolle. Zu dem Vorschlag einer Volksabstimmung äußerte sich der Bundeskanzler eher skeptisch, weil man in einer so schwierigen Frage die Volksvertreter nicht von ihrer Verantwortung entbinden könne. Ebenso lehnte Kreisky den Vorschlag Taus' ab, ein Drei-Parteien-Komitee mit dem Ziel einer gemeinsamen Vorlage zu bilden, weil er es nicht für zweckmäßig halte, die anderen Parteien schon im vorparlamentarischen Raum heranzuziehen.

Meldung vom 17.05.1977, Meldungs-Nr.: AHI0206, Ressort: Innenpolitik (II), Quelle: <http://historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?meldungsID=17454/449135/1> (28.1.2008)

#### **Volksabstimmung – Atomenergie: Initiative der AKW-Gegner für Termin erst 1979**

Die Volksabstimmung dürfe erst 1979 durchgeführt werden, forderten Sprecher der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner heute, Freitag, bei einer Pressekonferenz. Bis dahin müssten im Gegensatz zu den bisher nach Ansicht der Atomgegner extrem ungleich gewesenen Bedingungen zwischen Befürwortern und Gegnern Letzteren u.a. durch Belangsendungen im TV Informationsmöglichkeiten gegeben werden. Die Abstimmungsfrage müsse konkret zu Zwentendorf gestellt und die Arbeiten dort sofort eingestellt werden. Außerdem kündigte die Initiative für den 28. Juni (1978, Anm. d. Red.) Demonstrationen in Wien und den Bundesländer-Hauptstädten sowie Schwerpunktaktionen im Gebiet des Tullnerfelds für den Monat Juli an.

#### *SJ begrüßt Abstimmung*

Die Sozialistische Jugend Österreichs begrüßte in einer Presseaussendung die Volksabstimmung. Es gelte nun /.../ der „internationalen Atomlobby“ eine Niederlage zu bereiten /.../. Die SJÖ werde der Bevölkerung die Zusammenhänge zwischen atomarer Aufrüstung, Neutronenbombe und Atomkraftwerken klarmachen.

Meldung vom 23.6.1978, Meldungs-Nr.: AHI0146, Ressort: Innenpolitik (II), Quelle: <http://historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?meldungsID=17454/565748/1> (28.1.2008)

#### Arbeitsaufgaben und Fragen zur Textarbeit

- Mit welchen Argumenten begründen die politischen AkteurInnen laut APA-Meldungen ihre Position? Halten Sie diese Argumente für stichhaltig? Welches Demokratiemodell steht jeweils dahinter?
- Versetzen Sie sich in die Situation eines jungen Erwachsenen von 1978: Hätten Sie selbst für eine Volksabstimmung plädiert? Hätten Sie sich an der Abstimmung beteiligt? (Die Beteiligung betrug damals 64,1 Prozent.) Begründen Sie Ihre Entscheidung.

## MATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN

### M<sub>4</sub> Neue Art von Politik notwendig

„Hainburg hat ein tiefes Dilemma der Repräsentativdemokratie spürbar gemacht: Politiker, die für eine Funktionsperiode von vier Jahren gewählt werden, entscheiden über die Lebensbedingungen von Generationen. Der Kurzrhythmus der Politik führt zum Kurzfristenken. /.../ Mit den bisherigen Rezepten sind die entscheidenden Fragen von heute und der kommenden Jahre nicht zu lösen: Haben wir noch genug trinkbares Wasser, atembare Luft, fruchtbaren Boden, unzerstörte Landschaft, um unseren Kindern das Überleben zu sichern? Hainburg wurde zum Nährboden einer grünen Partei, welche die politische Landschaft Österreichs zu verändern beginnt: Absolute Mehrheiten für eine Partei sind kaum mehr möglich, es bedarf der Zusammenarbeit.“

Quelle: Meissner-Blau, Freda: Hat Hainburg die Republik verändert? in: Monjencs, Ingrid/Rainer, Herbert (Hrsg.): Hainburg – 5 Jahre danach. Wien 1989, S. 53–59, Onlinequelle: [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) → Wissen → Artikel

### M<sub>5</sub> EU-Vertrag: Mehrheit für Volksabstimmung

WIEN. Eine Mehrheit von 57 Prozent der Österreicher ist für eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag. Interessant daran: Ein großer Teil weiß gar nicht, was im EU-Vertrag überhaupt steht. Im Jänner (2008, Anm. d. Red.) soll der EU-Reformvertrag ins Parlament eingebracht und in den kommenden Monaten ratifiziert werden. Den Vorläufer des sogenannten Vertrags von Lissabon, den EU-Verfassungsvertrag, hatte Österreichs Nationalrat bereits 2005 ratifiziert.

Doch nur 36 Prozent der Österreicher befürworten dieses Mal eine Ratifizierung durch das Parlament. 57 Prozent der Bürger fordern hingegen eine Volksabstimmung. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik. Pikant ist, dass die Österreicher zwar die Abstimmung wünschen, aber vielfach gar nicht wissen, worum es beim Vertrag von Lissabon geht.

39 Prozent der Bürger gaben an, über den EU-Vertrag noch nichts „gelesen oder gehört“ zu haben. Fragt man allerdings Eckpunkte des Vertrags ab, ist die Zustimmung hoch: Eine große Mehrheit ist dafür, dass Vollbeschäftigung ein EU-Ziel ist, dass es weniger EU-Kommissare geben soll oder dass ein Austritt aus der EU künftig möglich wird.

Quelle: OÖ Nachrichten, Montag, 27. Dezember 2008 unter <http://www.nachrichten.at/politik/innenpolitik/628534?PHPSESSID=ba19ed22a66b72a277cbfff364504de5> (28.1.2008)

### M<sub>6</sub> „Politiker fürchten sich vor Volksabstimmung“

„Wollt ihr Demokratie – ja oder nein?“ – Robert Menasse unterstützt die Plattform „Volxabstimmung“, die ein Referendum über den EU-Reformvertrag fordert.

„Politiker dürfen nicht alleine entscheiden. Das Europäische Projekt kann nicht gelingen, wenn es die Bürgerinnen und Bürger von der Gestaltung ausschließt.“ Der Schriftsteller Robert Menasse fordert eine Volksabstimmung zum EU-Reformvertrag. Er ist „Zugpferd“ und Unterstützer der Plattform „Volxabstimmung“, der dreißig zivilgesellschaftliche Organisationen aus der Friedens-, Antiatom-, globalisierungskritischen, Demokratie-, Bürgerrechts-, Datenschutz- und Gewerkschafts-Bewegung angehören. /.../

Menasse zeigte sich überzeugt, dass die Bürger ihre Meinung kundtun wollen: Die erfahrensten Demokratien in der EU – Großbritannien, Frankreich und die Niederlande – hätten mit ihrem Votum gegen die EU-Verfassung gezeigt, dass sie politisch nicht einverstanden sind. Trotzdem wurde der Vertrag „nur unwesentlich überarbeitet und verbessert“, sagte Menasse.

„Wenn man keine Demokratie will, soll man es aussprechen“, forderte er die Politiker auf, ansonsten müsse man den Bürgern die Frage stellen: „Wollt ihr Demokratie – ja oder nein?“

Quelle: Der Standard, 12. Dezember 2007, 14:45; <http://derstandard.at/?url=/?id=3145917> (28.1.2008)

## M<sub>7</sub> EU-Vertrag: Gusenbauer gegen Volksabstimmung

SP-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und VP-Außenministerin Ursula Plassnik haben /.../ im Nationalrat den EU-Reformvertrag verteidigt, der die gescheiterte EU-Verfassung ersetzt. Gusenbauer sieht in dem teils schwammigen und extrem kompliziert formulierten Vertrag das „Herzstück des Verfassungsvertrages“ erhalten.

Die EU-Kritiker forderte Gusenbauer auf, Alternativen zu nennen. Die EU garantiere Frieden, Stabilität und Sicherheit in einem nie da gewesenen Ausmaß, so Gusenbauer: „Diese Erfolge kann man natürlich versuchen unter den Tisch zu kehren, wenn es einem nicht um die Anliegen der Menschen geht.“ Es gebe zwar eine „berechtigte Skepsis“ vieler Österreicher gegen politische Inhalte in Europa, sagte Gusenbauer, aber: „Die richtige Antwort ist nicht herzugehen und gegen Europa zu polemisieren, sondern eine bessere Politik zu machen.“

### *Reformvertrag: Keine Volksabstimmung*

Eine Volksabstimmung über den Reformvertrag lehnt Gusenbauer ab. Er verwies /.../ darauf, dass schon die (an Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden gescheiterte) EU-Verfassung im Parlament mit 182 von 183 Stimmen ratifiziert worden war. Dies sei ein Auftrag für die Regierung gewesen, möglichst viele Inhalte der Verfassung in den Reformvertrag zu übernehmen, was auch geschehen sei. „Ich bin überzeugt, dass der Reformvertrag von Lissabon dazu führen wird, dass die EU besser funktionieren wird“, versicherte der Kanzler.

### *Plassnik: Fakten und Gefühl in Einklang bringen*

Plassnik lobte den Wegfall der Vetomöglichkeit der einzelnen Mitgliedsländer in der europäischen Innen- und Justizpolitik sowie die Einführung eines europäischen „Außenministers“, auch wenn er nicht so heißen wird. Sie betonte, dass die Ratifizierung des EU-Reformvertrages in Österreich durch das Parlament erfolgen werde. Aber auch damit habe durch das Parlament „das Volk das letzte Wort“, meinte die Außenministerin. Außerdem bleibe der österreichische Vorschlag einer gesamteuropäischen Volksabstimmung „am Tisch“.

Quelle: Die Presse.com vom 8.11.2007, unter <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/341804/index.do?from=simarchiv> (28.1.2008)

### Aufgabenstellungen für Einzelarbeit und Diskussion

- 1) Klären Sie vorab die Begriffe „Referendum“ und „zivilgesellschaftliche Organisation“. Danach lesen Sie die Statements zum EU-Reformvertrag (M5 bis M7). Die angegebenen Fragen sollen Sie für sich selbst beantworten und Ihre Entscheidung später im Plenum begründen.
- 2) Wie bewerten Sie die „Pikanterie“, dass viele ÖsterreicherInnen eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag fordern, ohne ihn zu kennen? Wie erklären Sie sich das? Wie bewerten Sie dieses Umfrageergebnis im Hinblick auf die Demokratiemodelle?
- 3) Mit welchen Argumenten begründen die politischen AkteurlInnen laut Presse-Meldungen ihre Position? Halten Sie diese Argumente für stichhaltig? Welches Demokratiemodell steht jeweils dahinter?
- 4) Was halten Sie selbst für richtig: Volksabstimmung oder nicht? Begründen Sie Ihren Standpunkt!